

Pressemitteilung

SPERRVERMERK, 16. Juni 2020, 10:00 Uhr

Friedensgutachten 2020 \ Zwischen Cyberfrieden und Cyberkrieg

Berlin, 16. Juni 2020. Das Friedensgutachten der vier führenden Friedensforschungsinstitute Deutschlands stellt in seinem Kapitel zu Rüstungsdynamiken in diesem Jahr den Cyberraum in den Fokus. Geplante Investitionen in die Entwicklung offensiver Kapazitäten im Cyberbereich sehen die Herausgeberinnen und Herausgeber kritisch und sprechen sich stattdessen für die Stärkung defensiver Kapazitäten aus. Digitale Gegenangriffe sollten sich auf absolute Ausnahmefälle beschränken: **„Hackbacks‘ müssen auf die Abwehr gravierender und akuter Gefahren – gerade für die Zivilbevölkerung – beschränkt und an die Zustimmung des Bundestags gebunden sein.“** Weiter empfiehlt das Gutachten der Bundesregierung, sich bei den Vereinten Nationen (VN) für eine Tabuisierung von Angriffen auf den „Public Core“ des Internets und für eine Norm des Verzichts auf Attacken gegen kritische zivile Infrastruktur einzusetzen. Auch unparteiische Analyseinstanzen und Austauschforen sollten etabliert werden: **„Die Bundesregierung sollte für die Einrichtung eines transnationalen Komitees in den VN werben und informelle Austauschforen über Cyberrisiken stärken.“**

Rüstungskontrolle in der G20 und Verhandlungen mit Russland

Die global kontinuierlich steigenden Ausgaben für Rüstung und die zunehmend wegbrechenden Rüstungskontrollmechanismen sind weitere Themen des Kapitels „Rüstungsdynamiken“. Dabei sind die G20 für einen Großteil der weltweiten Militärausgaben verantwortlich. **„Die Bundesregierung sollte eine Begrenzung dieser Ausgaben als rüstungskontrollpolitische Maßnahme auf die Tagesordnung der G20 setzen“**, fordern die Friedensforscherinnen und Friedensforscher. Außerdem empfehlen sie der Bundesregierung aufgrund der sinkenden russischen Militärausgaben der Möglichkeit nachzugehen, ob die russische Regierung zu Verhandlungen über die Eingrenzung konventioneller militärischer Fähigkeiten bereit ist.

Rüstungs- und Exportkontrolle in der EU

Vor dem Hintergrund der geplanten Erhöhung europäischer Finanzmittel für die Rüstungsforschung fordert das Gutachten: **„Bevor die EU ihre Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung massiv ausweitet, sollten Instrumente der Kontrolle durch das EU-Parlament und den europäischen Rechnungshof gestärkt werden.“** Außerdem empfehlen die Autorinnen und Autoren, dass die EU-Mitgliedstaaten bei gemeinsamen Rüstungsprojekten vorab mögliche Empfängerländer festlegen. **„Diese müssen, entsprechend den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU zu Rüstungsexporten, unbedenklich sein.“** Weiter sprechen sich die Institute gegen Rüstungsexporte nach Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate aus: **„Angesichts der Menschenrechtslage in Ägypten und der Beteiligung beider Staaten in regionalen Gewaltkonflikten soll die Bundesregierung keine weiteren Rüstungsexporte an diese beiden Staaten genehmigen.“**

Das Friedensgutachten 2020 ist am 16. Juni auf der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt worden. Unter dem Titel „Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa“ fordern die führenden deutschen Friedensforschungsinstitute von der Bundesregierung, sich in der EU und weltweit nicht nur bei der Bekämpfung von CoViD-19 noch intensiver für kooperative Lösungen einzusetzen. Sie warnen vor der Gefahr, dass sich durch die Pandemie Gewaltkonflikte verschärfen oder andere neu entstehen und humanitäre Notlagen zunehmen. Sie mahnen an, andere wichtige, globale Themen nicht aus den Augen zu verlieren - etwa den Klimaschutz, den Einsatz für Freiheitsrechte oder den Kampf gegen Hetze im Internet und für mehr Cybersicherheit. Auch der Umgang mit Massenprotestbewegungen und die weiter zunehmende Rivalität zwischen den Großmächten müssen auf der politischen Agenda bleiben. Anstatt in nationalen Alleingängen liegen auch in diesen friedenspolitischen Feldern die Chancen allein in einer verstärkten multilateralen Zusammenarbeit, für die die Bundesregierung noch aktiver werden muss.

Das Friedensgutachten ist die jährlich erscheinende Publikation des BICC (Bonn International Center for Conversion), des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Es analysiert aktuelle Gewaltkonflikte, zeigt Trends der internationalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf und gibt Empfehlungen für die Politik.

Kontakt

Barbara Dörrscheidt

Ansprechpartnerin für Presseanfragen

doerrscheidt@hsfk.de

Telefon +49 69 959104-13

www.friedensgutachten.de

Twitter: [@PeaceReport](https://twitter.com/PeaceReport) #friedensgutachten2020

Veranstaltungen

Im Anschluss an die Bundespressekonferenz stellen die Institute das Friedensgutachten in Berlin bei Ministerien und Fraktionen der Parteien vor. Am Dienstag, den 16. Juni 2020 diskutieren die Herausgeberinnen und Herausgeber das Friedensgutachten 2020 beim Abendforum der Evangelischen Akademie zu Berlin in einem digitalen Format. Interessierte Bürgerinnen und Bürgern sind zum politischen Dialog eingeladen. Informationen zu dieser und weiteren Veranstaltungen unter www.friedensgutachten.de

Das Friedensgutachten



Seit 1987 veröffentlichen die deutschen Friedensforschungsinstitute das Friedensgutachten als zentrales Medium für den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik. Mit seinen klaren Empfehlungen transferiert das Friedensgutachten wissenschaftliche Erkenntnisse in praktische Handlungsanweisungen. Interdisziplinäre Autorenteam aus Politikwissenschaft, Soziologie, Ethnologie, Physik und Regionalwissenschaften arbeiten gemeinsam an den Kapiteln und bringen dabei verschiedene Blickwinkel ein.

Die Themen gliedern sich in die fünf jährlich wiederkehrenden Themenfelder „Bewaffnete Konflikte“, „Nachhaltiger Frieden“, „Rüstungsdynamiken“, „Institutionelle Friedenssicherung“ und „Transnationale Sicherheitsrisiken“. Im zusätzlichen Kapitel, „Fokus“, wird ein Thema des aktuellen Konfliktgeschehens tiefergehend beleuchtet. Das Friedensgutachten wird von der

Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördert.

Das Friedensgutachten erscheint im transcript-Verlag. Die Printversion (ISBN: 978-3-8376-5381-6) ist im Buchhandel für 15 Euro erhältlich. Die digitale Version (ISBN: 978-3-8394-5381-0) ist kostenfrei zugänglich (open access) unter <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5381-6/friedensgutachten-2020/> sowie auf www.friedensgutachten.de

Weitere Informationen und die zentralen Empfehlungen des Friedensgutachtens ab dem 16. Juni 2020, 10:00 Uhr unter www.friedensgutachten.de